70. Jahrgang. № 225

Sonnabend, 15. Mai 1926

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Mai 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1.50 Mark. Postbezugspreis für Monat Mai 3 Mark ohne Postzustellungsgebühr. Einzelnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einspaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pfg. außerhalb 200 Pfg. Offertengebühr 10 Pfg. Ausw. Aufträge gegen Vorausbezahlung

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer: 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/42.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr." zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Hotel Bellevue

Nachmittag-Tee mit Konzert. Mittag- und Abend-Tafel im Terrassen-Saal an der Elbe. Bekannte vornehme Tafelmusik. Festsäle und Konferenzzimmer.

Jeden Mittwoch Abend Reunion

Geßlers Kandidatur erledigt.

Das Zentrum fordert das Amt des Reichskanzlers für Dr. Adenauer.

Warschau völlig in der Hand Pilsudskis. — Massenproteste der Angegriffenen gegen den Berliner Polizeiskandal.

Geßlers persönliche Ablehnung.

Berlin, 14. Mai. Der Reichswehrminister Dr. Geßler erstattete heute gegen 1 Uhr dem Reichspräsidenten Bericht über eine Fühlungnahme mit den Parteien. **Als Ergebnis stellte Dr. Geßler fest, daß er selbst nicht in der Lage sein werde, auf der bisherigen Grundlage eine Regierung zu bilden. Er werde sich aber um die Klärung der Lage bemühen und hoffe, bis morgen vormittag dem Herrn Reichspräsidenten einen positiven Vorschlag unterbreiten zu können.**

Das Zentrum präsentiert Dr. Adenauer.

Berlin, 14. Mai. Wie die T. U. erfährt, hat die Zentrumsfraktion des Reichstages in ihrer heutigen Sitzung den Beschluß gefaßt, in der gegenwärtigen Regierungskrise die Führung zu übernehmen und für die Besetzung des Reichskanzlerpostens einen Kandidaten zur Verfügung zu stellen. Man hofft, daß der Oberbürgermeister von Köln, Dr. Adenauer, der heute abend hier eintrifft, die Regierungsbildung übernehmen wird. Wie verlautet, würden die Sozialdemokraten einem solchen Kabinett gegenüber wohlwollende Neutralität bewahren.

Dr. Adenauer, der zu den bekanntesten Führern des Zentrums gehört und Vorsitzender des Preußischen Staatsrats ist, wurde bekanntlich schon in früheren Krisen als Kanzlerkandidat genannt.

Im übrigen hat man in Zentrumskreisen auch daran gedacht, als Reichskanzler den Landeshauptmann von Westfalen, **Horion**, für den Kanzlerposten in Vorschlag zu bringen.

Das Zentrum begründet seinen Anspruch auf den Kanzlerposten nicht nur damit, daß es von den bisherigen Koalitionsparteien die stärkste sei, sondern auch damit, daß der neue Reichskanzler ein Mann sein müsse, der die Gewähr dafür bietet, daß er mit der Sozialdemokratie nicht gleich in Kampf gerate und der trotzdem geeignet sei, auch den mehr rechtspolitisch eingestellten Parteien und der Deutschen wie der Bayrischen Volkspartei zu gefallen. Diese Vorzüge, so glaubt das Zentrum, könne nur ein Zentrumsmann in sich vereinigen.

Wie die Dinge zurzeit liegen, glaubt man in einem Teil der Regierungsparteien, daß, wenn nicht die bisherige Koalition aufrechterhalten bleiben könnte, dann vielleicht die Bildung einer Koalition der sogenannten kleinen Mitte (Zentrum, Deutsche Volkspartei und Bayrische Volkspartei) übrig bliebe, die sich mit jeweiliger Unterstützung anderer Parteien halten müßte.

In der Fraktionssitzung der Deutschen Volkspartei erstattete der Vorsitzende Abg. Scholz einen Bericht über die bisherigen Verhandlungen, bei denen die drei großen Fragen der Flaggenverordnung, der Fürstenabfindung und des Aufwertungsgesetzes eine Rolle spielten. An ein weiteres Zusammengehen der Deutschen Volkspartei mit den Demokraten dürfte, wie in der Fraktionssitzung zum Ausdruck kam, für die Deutsche Volkspartei nur dann zu denken sein, wenn die demokratische Fraktion die Flaggenverordnung anerkennen würde. Ferner hielten heute nach der Reichstagssitzung noch Fraktionssitzungen ab die deutschnationale Fraktion und die sozialdemokratische Fraktion. **Die Deutschnationalen verhalten sich in der Regierungsfrage zunächst abwartend.**

Die versumpfende Krise.

Berlin, 14. Mai. Nachdem die Aussichten, daß es dem Reichswehrminister Dr. Geßler gelingen könnte, die Regierungskrise zu beenden, sich schneller als erwartet als trügerisch erwiesen hatten, sieht man sich jetzt, wie schon immer bei Regierungskrisen, die der deutsche Nachkriegsparlamentarismus im Gefolge hatte, einer Situation mit scheinbar ungewöhnlich schwer zu überwindenden Schwierigkeiten gegenüber. Da man aber den Wunsch hat, die Dinge in möglichst kurzer Zeit dahin zu bringen, daß die Regierungsgeschäfte wieder von verantwortlichen Ministern geleitet werden, und da die Verwirklichung des Gedankens, jetzt nach einer Basis zu suchen, die längere Zeit einem parlamentarischen Kabinett das Leben gestatten würde, endlose Verhandlungen voraussetzt, so scheint man gewillt zu sein, sich vorläufig wieder einmal mit einer

Zwischenlösung

zu begnügen, die die Erledigung der Regierungsgeschäfte wenigstens während der nächsten Monate ermöglichen würde. Die Aussichten, nach der rechten oder der linken Seite hin mit einer der großen Flügelparteien in enge Verbindung zu kommen, verringern sich auch immer mehr. **So soll jetzt eine Kabinettsbildung versucht werden, die sich ausschließlich auf die bisherigen Koalitionsparteien beschränkt und deren Führer ein Mann ist, dem nicht sofort von einer der Flügelparteien Opposition entgegengebracht würde.** Dr. Geßler selbst scheint der Ansicht zu sein, daß diese Zwischenlösung zunächst die beste wäre.

Dieser Zwischenlösung steht aber die Schwierigkeit entgegen, daß die Gegensätze zwischen den bisherigen Regierungsparteien vorläufig schwer überbrückbar erscheinen. Man glaubte deshalb in parlamentarischen Kreisen annehmen zu können, daß der Reichspräsident morgen vielleicht den Führer der Demokraten, den

Abg. Koch mit dem Versuch der Kabinettsbildung beauftragen würde.

Der Luther-Stürzer würde zwar von den Sozialdemokraten mit einiger Freundlichkeit aufgenommen werden. Dieser Versuch würde aber zweifellos daran scheitern, daß weder die Deutsche Volkspartei noch besonders die Bayrische Volkspartei, auf deren Veranlassung im Januar Koch das Innenministerium versagt blieb, mit einer derartigen Lösung einverstanden sein würden.

Luthers Abschiedsaudienz bei Hindenburg.

Berlin, 14. Mai. Der Reichspräsident empfing heute mittag 12 Uhr den scheidenden Reichskanzler Dr. Luther in Abschiedsaudienz und sprach ihm bei dieser Gelegenheit nochmals in warmen Worten seinen Dank für die dem Vaterland geleisteten hervorragenden Dienste aus. (W. T. B.)

Zentrumspartei und Fürstenabfindung.

Berlin, 14. Mai. Am Mittwoch, dem 19. Mai, wird laut „Germania" der Reichsparteivorstand der Zentrumspartei im Reichstage zu einer Sitzung zusammentreten, die sich mit der Frage der Fürstenabfindung, insbesondere der Stellung des Zentrums zu dem bevorstehenden Volksentscheid beschäftigen wird.

Wer zahlt die meisten Steuern?

Von Syndikus Karl Tögel, Coßmannsdorf.

Wer im öffentlichen Leben steht, weiß, daß seit langem die Linke damit krebsen geht, daß sie behauptet, die große Masse der Arbeiter bzw. des Proletariats zahle die meisten Steuern, und der übrige Teil genieße in viel höherem Maße steuerliche Vergünstigungen als gerade diejenigen, die am schwersten ums Dasein ringen. So ist in letzter Zeit die Absicht der Regierung, zum Wiederaufbau der Wirtschaft steuerliche Erleichterungen zu schaffen, geradezu als Geschenk an Industrie, Handwerk und Landwirtschaft bezeichnet worden. Diese Meinung ist aber auch in anderen Ständen weit verbreitet. So stellt sich z. B. in einem Rundschreiben mit der Ueberschrift „Zur Abwehr" der Steuerausschuß eines namhaften Beamtenverbandes auf ähnlichen Standpunkt, wenn er schreibt:

„Nicht uninteressant ist es aber, einmal zu sehen, wie und von wem die Steuern im Reiche aufgebracht werden. Nach den monatlichen Uebersichten des Reichsfinanzministeriums im Reichsministerialblatt betragen in den Monaten April bis Dezember 1925 (neun Monate) die Einnahmen an Einkommensteuer 1 682 364 484 Mk., und zwar Lohnsteuer 1 101 666 791 Mk. und 580 697 692 Mk. andere Einkommensteuer. Die Einkommensteuer ist mit 1,7 Millionen Mark veranschlagt, mithin 1,275 Millionen Mark auf neun Monate. Der Voranschlag wird sonach fast allein schon durch die Lohnsteuer erreicht. Wenn man dann weiter in Betracht zieht, daß in gleichem Zeitraume auch die Umsatzsteuer, die ebenfalls von den breiten Massen getragen wird, einen Ueberschuß von 25 Millionen Mark gebracht hat, dagegen die Körperschaftssteuer, die von Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H. usw. zu entrichten ist, und die Vermögenssteuer in gleichem Zeitraume ein Minus von weit über 200 Millionen Mark ergeben haben, so wird wohl auch dem Laien klar, wer unter der Belastung von Steuern zu leiden hat."

Die hier angegebenen Zahlen sind richtig. Die Folgerung aber ist völlig abwegig. Nicht etwa so, daß nun der Unternehmer in besonderem Maße Steuerlasten trage und der Arbeitnehmer gar keine. Denn es ist überhaupt falsch, die Steuerlast mechanisch so zu verteilen, wie sie sich durch die gesetzlichen Bestimmungen unter die Steuerschuldner verteilt. Um auf einzelnes einzugehen:

Daß die Vermögenssteuer gesunken ist, ist ganz selbstverständlich, da wir durch die Inflation verarmt sind, wie noch nie. Jeder Mann, der auch nur ein kleines Grundstück hat, weiß, wie gering der Wert dieses Vermögens ist. Die Kurse unserer Aktien zeigen, daß ein reicher Mensch ganze Aktienpakete und damit ganze Fabriken für einen Pappenstiel kaufen kann, und das übergroße Angebot von Gütern in allen Zeitungen müßte auch den Laien zeigen, daß auch der deutsche Bauer arm geworden ist. **Das Zurückgehen der Vermögenssteuer ist darum kein Beweis, daß die breiten Massen besonders hohe Steuern zahlen, sondern, daß die Verelendung und Verarmung unseres Volkes in verhängnisvoller Weise weiter fortschreitet.** Ganz falsch ist auch die Argumentation, wenn man von der Körperschaftssteuer ausgeht. Zur Steuer der Wahrheit muß zunächst festgestellt werden, daß der Gewinn der Aktiengesellschaften zweimal zu versteuern ist — wenigstens ein Teil des Gewinnes, nämlich einmal in der Vermögenssteuer — und dann bei der Einkommensteuer, da der Empfänger der Dividende diese als Einnahmen zu deklarieren hat. Aber auch hier liegen ja die Verhältnisse so, daß einmal das Aufkommen aus der Körperschaftssteuer 1925 bis jetzt nur aus Vorauszahlungen bestand, und die heutigen Zahlen ein klares Bild überhaupt nicht geben können, sodann setzt das neue Körperschaftssteuergesetz die Körperschaftssteuer auf volle 20 Prozent des Gewinnes fest. Bedenkt man nun, daß außerdem die Dividende bei dem Einkommen wieder mit versteuert wird, so ergibt sich auch hier ein Satz, der nicht zu beanstanden ist.

Nun läßt sich aber daran nicht vorübergehen, daß eben aus den Einkommen die größten Steuern gezahlt werden. Ja, und das soll und muß so sein. Muß erst recht so sein in einem völlig verarmten Volke, dem man die Substanz in den letzten Jahren besteuert hat bis zum Weißbluten. Man muß es einmal offen und in aller Klarheit aussprechen: Die einzige reelle und richtige Besteuerungsgrundlage ist das Einkommen. Und wenn die letzte Steuerreform überhaupt Sinn hat, so ist es der, daß unser Volkseinkommen durch die Veranlagungen festgestellt wird, und man sieht, wieviel Steuern das Volk zahlen kann. **Und mehr kann man**

Eine kurze Reichstagssitzung.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 14. Mai. Die Regierungstische sind bei der heutigen Reichstagssitzung unbesetzt. **Präsident Löbe** verliest die amtliche Mitteilung von dem Rücktritt des Reichskabinetts. Als er erwähnt, daß Reichswehrminister Dr. Geßler vorläufig die Geschäfte des Reichskanzlers führt, entsteht bei den Kommunisten Unruhe. Sie rufen: Eine feine Nummer. Der Präsident rügt die Zwischenrufe. Auf der Rechten ertönt der Ruf: Sie haben Angst. Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Aenderung der

Reichsverordnung über die Fürsorgepflicht.

Danach wird die Beteiligung der Hilfsbedürftigen am Fürsorgeverfahren festgelegt. Abg. **Frau Teusch**, Köln (Zentr.), berichtet über die Ausschußverhandlungen. Der Ausschuß empfiehlt u. a. einheitliche Richtsätze.

Nach kurzer Debatte wird die Vorlage mit einem Zentrumsantrag, wonach bei der Durchführung der Fürsorge und der Aufstellung der Richtlinien an Stelle der Fürsorgeberechtigten auch Vertreter ihrer Vereinigungen oder von Vereinen, die Hilfsbedürftige betreuen, herangezogen werden sollen, sowie die Verbände der Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten, Gewerkschaften und die Charitasverbände **in zweiter Lesung angenommen.**

Die Novelle zur dritten Steuernotverordnung, die sich mit dem Geldentwertungsausgleich bei solchen Neubauten befaßt, die mit Beihilfen aus öffentlichen Mitteln ausgeführt sind, wird in **zweiter und dritter Lesung angenommen.**

Angenommen wird ein Antrag des volkswirtschaftlichen Ausschusses, der die Reichsregierung ersucht, bemüht zu bleiben, daß **die von der Golddiskontbank zunächst mit einem Kapital von 250 Millionen eingeleiteten Maßnahmen zum Zwecke der Umwertung schwebender Wechselverbindlichkeiten der Landwirtschaft in langfristigen Hypothekkredit wesentlich ausgestaltet wird.** Bestätigt werden Beschlüsse des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Elektrizitätswirtschaft. Der Ausschuß fordert bis 1. Oktober d. J. die Aufhebung oder Aenderung dieser Verordnung über schiedsgerichtliche Erhöhung von Preisen bei Lieferung von elektrischer Arbeit und wünscht weiter eine reichsgesetzliche Regelung der Elektrizitätswirtschaft. Das Haus vertagt sich dann auf Sonnabend nachmittag.

Der Berliner Vertrag in Moskau ratifiziert.

Moskau, 14. Mai. In der letzten Sitzung des Rats der Volkskommissare ist der Berliner Vertrag vom 24. April ratifiziert worden. Gleich nach der Ratifizierung benachrichtigte Tschitscherin die deutsche Botschaft und sprach ihr im Namen der Sowjetregierung seine Glückwünsche aus. (T.-U.)

SLUB
Wir führen Wissen.